



Der ÖGB kommt mit seiner inzwischen ungeliebten Bank BAWAG nicht aus den Schlagzeilen. Am Dach des neuen ÖGB-Quartiers in Graz gibt es übrigens kein Luxus-Penthouse.

ÖGB-BAWAG-SPÖ

Am Vormittag des 1. Mai hat ÖGB-Präsident Hundstorfer auf der Tribüne noch starke Worte gefunden, am Abend des selben Tages hat er dann im Bundeskanzleramt der Offenlegung des ÖGB-Streikfonds gegenüber der Nationalbank zugestimmt. Das zeigt, wie schwer der Schaden ist, den der BAWAG-Skandal der österreichischen Gewerkschaftsbewegung zugefügt hat. Es geht so weit, dass man nicht einmal mehr von einer Autonomie des ÖGB gegenüber dem Staat reden kann.

Man hat gemacht, was man auf keinen Fall machen soll, und letzten Endes in der Karibik eine wichtige Errungenschaft der Gewerkschaftsbewegung, ihre Autonomie gegenüber Staat und Kapital, verspielt.

In einer Zeit des Sozi-

alabbaus und des Angriffs auf elementare Rechte der unselbständig Beschäftigten sollten sich alle Kräfte der Arbeiterbewegung darauf besinnen, für wen sie eigentlich da sind. Das sind auf keinen Fall die Abkassierer, die ganz oben zu finden sind.

In der Welt des Finanzkapitals geht es so wie im Kasino. Man spielt Hasard – und zwar um Milliardenbeträge. Zahlen müssen aber meist nicht die Manager und die Spitzenpolitiker. Für die Kosten von Pleiten oder von riskanten Geschäften soll die Allgemeinheit aufkommen.

Die Fälle BAWAG, ÖGB und Arbö sagen leider mehr über das Wesen der SPÖ-Führung aus als ihre scharfen Wahlkampfreden gegen den Neo-Liberalismus und gegen die unsoziale Politik der Regierung.

Peter Scherz ist der Vertreter des gewerkschaftlichen Linksblocks (KPÖ-Fraktion) in der steirischen Arbeiterkammer. Er kritisierte schon vor Jahren die undurchsichtigen Finanzen des ÖGB.



Verstaatlichtenkonferenz der KPÖ Wieviel Staat brauchen die Betriebe?

Ein öffentliches Unternehmen nach dem anderen wird derzeit privatisiert, Jobs ohne Ende abgebaut. Ist öffentliches Eigentum eine Frage von gestern?

Auf großen Plakaten wirbt man derzeit für den Börsengang der Post. Sie ist eines der letzten Unternehmen, das derzeit noch in öffentlicher Hand ist und demnächst der Börse überlassen wird – um Leistungen und Arbeitsplätze abzubauen und stattdessen die Gewinne für einige Aktionäre in die Höhe zu treiben.

„Ist öffentliches Eigentum eine Frage von gestern?“, lautet demnach der Titel des Symposiums, in dem der KPÖ-Bildungsverein und die Alfred-Klahr-Gesellschaft den Stellenwert der Verstaatlichten Industrie ergründen werden. Das Symposium findet am 23. und 24. Juni im Alten Rathaus in Leoben statt.

Das Datum ist bezeichnend für das Thema: Vor 60 Jahren fixierte der Nationalrat das 1. Verstaatlichungsgesetz. Das Symposium soll beleuchten, wie wichtig die Verstaatlichung von Bergbau, Metall-, Hütten-, Fahrzeug-

60 JAHRE VERSTAÄTLICHUNGSGESETZ

Öffentliches Eigentum – eine Frage von Gestern?

Podiumsdiskussion

Mag. Christian Felber (freier Publizist)

DI Hannes Missethon (Abg. zum Nationalrat, ÖVP)

Dr. Werner Murgg (Abg. zum Landtag, KPÖ)

DI Dr. Rudolf Streicher (Bundesminister a.D., öffentliche Wirtschaft u. Verkehr)

Gottfried Zauner (Vorsitzender der Post-Gewerkschaft Oberösterreich)

Moderation: **Dr. Walther Leeb** (Präsident der Alfred Klahr Gesellschaft)

**Leoben, Congresszentrum im Alten Rathaus
Freitag, 23. Juni 2006, 19 Uhr**

Symposium

Symposium zum Thema Öffentliches Eigentum
Leoben, Congresszentrum im Alten Rathaus – 23./24. Juni 2006, 9.30 – 18.30 Uhr

Alfred Klahr Gesellschaft
Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung
Bismarckgasse 1, A-8300 Leoben
Tel: (+43-31) 982 10 86, Fax: (+43-31) 982 10 80 18

KPÖ BILDUNGSVEREIN
www.kpoe-steiermark.at

oder Erdölindustrie und der Elektrowirtschaft für die Entwicklung der 2. Republik war. Und es soll Klarheit darüber bringen, was eine Privatisierung für die Belegschaft bedeutet, wer wirklich davon profitiert und welche Strategien sich gegen die aktuelle Privatisierungswut entwickeln lassen.

Informationen und Anmeldung unter: www.klahrgesellschaft.at.

Eurofighter - Nein danke

Die Finanzierung des Eurofighter-Deals durch die Republik Österreich liegt in den Händen der BAWAG-PSK. Das passt zusammen: Die Abfangjäger sind sündteuer, der Kaufvertrag ist dubios und die Bevölkerung muss zahlen.

Das alles ergibt nur dann einen Sinn, wenn man weiß, dass die Eurofighter am Standort Zeltweg genau in das Konzept der Euro-Armee passen. Deshalb sagen wir weiterhin Nein zu den Eurofightern.